

Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?





Schriften des Hannah-Arendt-Instituts
für Totalitarismusforschung

Herausgegeben von Thomas Lindenberger
und Clemens Vollnhals

Band 66

Vandenhoeck & Ruprecht

Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?

Herausgegeben von
Uwe Backes und Steffen Kailitz

Mit 36 Tabellen und 50 Abbildungen

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2020, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen
bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Pegida-Demo vom 2.11.2015 am Theaterplatz in Dresden. Pegida-Gründer
Bachmann verglich bei dieser Kundgebung Bundesjustizminister Heiko Maas mit Reichspropaganda-
minister Joseph Goebbels. Ein Plakat zeigt Bundeskanzlerin Angela Merkel.
Quelle: Jochen Eckel/Süddeutsche Zeitung Photo

Satz: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 2198-7459
ISBN 978-3-647-36328-8

Inhalt

<i>Uwe Backes / Steffen Kailitz</i> Einleitung	7
<i>Bernd Wagner</i> Rechtsradikalismus in der Spät-DDR	21
<i>André Postert</i> Sachsen und der intellektuelle Rechtsextremismus. Metapolitik der Neuen Rechten	45
<i>Alexander Yendell / Gert Pickel</i> Sind Sachsen besonders anfällig für Rechtsextremismus? Politische Einstellungen in Sachsen im Ländervergleich	61
<i>Piotr Kocyba</i> Pegida: Ausdruck rechtsextremen Protests?	81
<i>Lukas Del Giudice / Nick Ebner / Lea Knopf / Max Weber</i> Was sagt Pegida? Eine Analyse von Reden in Dresden	101
<i>Maik Herold / Steven Schäller</i> Pegida und die AfD: zwischen Konvergenz, Konkurrenz und Kooperation	127
<i>Steffen Kailitz</i> Sachsen – eine Hochburg der AfD? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung der Bundespartei und des sächsischen Landesverbandes	155
<i>Lazaros Miliopoulos</i> Sachsen – eine Hochburg der NPD? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung des sächsischen Landesverbandes	201
<i>Uwe Backes</i> Sachsen: eine Hochburg rechtsmotivierter Gewalt?	217

<i>Julia Schuler / Oliver Decker</i> Rechtsextreme Gewalt in Sachsen. Sind soziale Identität und Autoritarismus relevante Einflussfaktoren?	233
<i>Tom Mannewitz</i> Anti-Asyl-Proteste während der „Flüchtlingskrise“ 2015/16. Sachsen im interregionalen Vergleich	255
<i>Anna-Maria Haase</i> „Reichsbürger und Selbstverwalter“ im Kontext politisch motivierter Gewalt in Sachsen	273
<i>Sebastian Gräfe</i> „Blood & Honour“: „Trotz Verbot nicht tot?“ Bedeutung in Vergangenheit und Gegenwart	299
<i>Maximilian Kreter</i> Sachsen und Thüringen – Hochburgen des Rechtsrock in Deutschland?	315
<i>Grit Hanneforth / Michael Nattke</i> Wo sich Rassist und Populist Gute Nacht sagen. Rechtsextremismus im ländlichen Raum am Beispiel Sachsens	339
<i>Tom Thieme</i> Demokratieschutz und Rechtsextremismus in Sachsen. Gemeinsamkeiten und Spezifika im Ländervergleich	361
<i>Uwe Backes / Steffen Kailitz</i> Ergebnisse	375
Anhang	393
Abkürzungsverzeichnis	395
Personenverzeichnis	399
Autorenverzeichnis	403

Einleitung

Uwe Backes / Steffen Kailitz

Seit langer Zeit liefert Sachsen Schlagzeilen als Hochburg des Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus.¹ Eine Reihe von Ereignissen bot seit der deutschen Einheit reichlich Stoff für Journalisten. Die rechtsextremistischen Ausschreitungen im sächsischen Hoyerswerda 1991 zählen zu den „Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland“.² Bis zu 500 Personen griffen über fünf Nächte ein Flüchtlingswohnheim und ein Wohnheim für ausländische Vertragsarbeiter mit Flaschengeschossen, Leuchtpurmunition und Steinen an. Da die Polizei hilflos schien und unfähig war, die Lage unter Kontrolle zu bekommen und effektiven Schutz zu gewährleisten, mussten 150 Rumänen (Sinti und Roma) und Vietnamesen unter dem Gegröle einer Meute aus Gewalttätern und Schaulustigen die Stadt verlassen – ein Vorgang, der vielfach als Kapitulation des Rechtsstaats angesehen wurde. Der Spiegel titelte „Jagdzeit in Sachsen“ und befand: „In Hoyerswerda hat der hässliche Deutsche sein Coming-out.“³ Starke mediale Beachtung erfuhren 1991 auch die furchterregenden Bilder eines „Trauermarschs“ von rund 1500 Neonationalsozialisten rund 14 Tage nach dem Totschlag des zentralen Anführers der sächsischen Rechtsextremismusszene, Rainer Sonntag, in Dresden.⁴ Ab 1992 benutzten dann immer mehr Rechtsextremisten das

- 1 Vgl. u. a. Patrick Gensing, Sachsen: Hochburg des Rechtsextremismus (<http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/rechtsextremismus-sachsen-101.html>; 8.8.2019); Volker Weiß, Rechtsextremismus in Sachsen: Der illiberale Freistaat. In: Zeit online vom 27.8.2018 (<https://www.zeit.de/kultur/2018-08/rechtsextremismus-dresden-pegida-demonstrant-chemnitz-aufmaersche?print>; 8.8.2019).
- 2 David Begrich, Hoyerswerda und Lichtenhagen. Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland. In: Heike Kleffner/Anna Spangenberg (Hg.), Generation Hoyerswerda Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, Berlin 2016, S. 32–44. Vgl. auch die umfassende Analyse von Christoph Wovtscherk, Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991, Göttingen 2014, S. 305–330.
- 3 Vgl. Ulrike Nimz, Heidenau: Brauner Schatten. In: Süddeutsche Zeitung vom 23.8.2015 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/heidenau-brauner-schatten-1.2618491>; 8.8.2019).
- 4 Sonntag war Gründer des Nationalen Widerstands Dresden. Mit Gleichgesinnten streifte er mit seiner nationalsozialistischen Bürgerwehr durch die Straßen Dresdens und „säuberte“ sie etwa von vietnamesischen Hütchenspielern. Zum Verhängnis wurde ihm, dass er sich mit dem aufstrebenden Rotlichtmilieu der Stadt anlegte. Im Rahmen einer Auseinandersetzung erschoss ihn ein Zuhälter.

jährliche Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar für einen Aufmarsch. Ab dem Jahr 2000 organisierte erstmals die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) einen nächtlichen „Trauermarsch“, der rasch ein zentrales Propagandaereignis der deutschen und europäischen Rechtsextremismuszene wurde. Von 2001 bis 2004 stieg die Teilnehmerzahl dieser Veranstaltung von 750 auf etwa 2100 an. Den Höhepunkt markierten die Versammlungen von jeweils rund 6500 Rechtsextremisten zu „Trauermärschen“ am 13. Februar 2005 und 2010.⁵

Die martialischen Bilder verhinderten nicht, dass in Sachsen eine mit den nationalsozialistischen Kameradschaften verflochtene Partei (die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, NPD) bei den Landtagswahlen 2004 9,2 Prozent der Wählerstimmen erringen konnte. Noch dazu schaffte sie 2009 den Wiedereinzug und scheiterte 2014 nur haarscharf an der Fünfprozenthürde.⁶ So konnte eine Partei mit im Kern nationalsozialistischer Programmatik ein Jahrzehnt lang im sächsischen Parlament agieren und agitieren.

Sachsen war auch das „Hauptquartier“ des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), dessen Mitglieder, von gewaltbereiten Neonationalsozialisten unterstützt, unbehelligt in Chemnitz⁷ und Zwickau lebten. Die wichtigste Mordwaffe, die Česká zbrojovka 83,⁸ wurde in einem Abbruchhaus in der Nähe des Chemnitzer Hauptbahnhofs übergeben. Uwe Bönnhardt und Uwe Mundlos verübten, um Geld zu beschaffen, teils in geringen zeitlichen Abständen elf Raubüberfälle in Chemnitz und Zwickau auf einen Edeka-Markt, Postfilialen und Sparkassen. Indizien deuten auf eine direkte oder indirekte Mitwisserschaft von

- 5 Der „Trauermarsch“ 2010 wurde durch rund 5000 Gegendemonstranten blockiert. Neben vielen anderen zählte der damals noch unbekannte Björn Höcke zu den Teilnehmern. Vgl. ZDF heute, Björn Höcke 2010 bei Neonazi-Aufmarsch in Dresden (<https://www.youtube.com/watch?v=rw4gXIZ1Qrg>; 8.8.2019).
- 6 Vgl. Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen: organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2005; Franziska Brech, Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Eine Analyse zur ersten Hälfte der 4. Legislaturperiode. In: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 167–174; Marc Brandstetter, Die sächsische NPD: Politische Struktur und gesellschaftliche Verwurzelung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 38 (2007) 2, S. 349–367.
- 7 Erste Anlaufstelle war der Blood & Honour-Aktivist Thomas Starke (inzwischen hat er den Nachnamen seiner Frau angenommen) in Chemnitz. Er war zu einem früheren Zeitpunkt mit Beate Zschäpe liiert und hatte – dies ist von ihm auch eingestanden – rund 1,1 kg TNT-Sprengstoff nach Jena geliefert. Zu einem späteren Zeitpunkt berichtete er als V-Person an den Berliner Staatsschutz. Starke erfuhr seine Gewaltsozialisation dabei bereits im rechtsextremistischen Teil der DDR-Hooligan-Szene. In den Stasi-Unterlagen wird ihm u. a. die Äußerung von faschistischen Parolen in einer Straßenbahn vorgeworfen. Sein Strafregister umfasst seither schwere Brandstiftung, Verstoß gegen das Waffengesetz, Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung. Vgl. zum Blood & Honour-Netzwerk den Beitrag von Sebastian Gräfe in diesem Band.
- 8 Vgl. Maik Baumgärtner, Tatwaffe der NSU-Terroristen: Die Spur der Ceska. In: Spiegel online vom 18.11.2012 (<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/die-spur-der-nsu-tatwaffe-ceska-zbrojovka-83-a-867818.html>; 8.8.2019).

Teilen der neonationalsozialistischen Szene hin. So veröffentlichte das Szenelabel PC-Records mit Sitz in Chemnitz (2010) ein Jahr vor der Festnahme der zu diesem Zeitpunkt eine 45-minütige Autofahrt entfernt lebenden NSU-Mitglieder den Song „Döner Killer“. Den Vertrieb übernahm Yves Rahmel 2004 von dem Blood & Honour-Aktivisten und Gründer des Labels Hendrik Lasch, der seit Mitte der 1990er-Jahre mit Uwe Mundlos befreundet war und den die Bundesanwaltschaft der Unterstützung der Terrorgruppe verdächtigte.

Sachsen musste vor wie nach der Festnahme des aus Thüringen zugewanderten NSU-Trios auf eine rege militante Rechtsextremismusszene blicken. Für Aufmerksamkeit sorgten dabei vor allem die Skinheads Sächsische Schweiz (2001 verboten) und Sturm 34 (2007 verboten). Später sorgte die Aushebung der rechtsterroristischen vigilantistischen Bürgerwehr Freital (2016) und der neonationalsozialistischen Vereinigung Revolution Chemnitz (2018) für Aufmerksamkeit.

Beide Gruppen entstanden im Umfeld einer Welle fremdenfeindlicher Proteste in sächsischen Kommunen im Zuge der „Flüchtlingskrise“ 2015, die bundesweit die Gemüter erregte.⁹ Die Bilder aus Bautzen, Clausnitz, Freital und Heidenau erinnerten stark an jene der 1990er-Jahre aus Hoyerswerda. In Clausnitz stellte sich ein wütender Mob im Februar 2015 einem Bus mit ankommenden Flüchtlingen in den Weg und grölte „Wir sind das Volk“; im gleichen Monat begleiteten Schaulustige einen Brand in Bautzen in einem noch nicht bezogenen Flüchtlingsheim mit Beifall und abfälligen Bemerkungen über Geflüchtete, darüber hinaus behinderten sie die Löscharbeiten. In der sächsischen Kleinstadt Heidenau (mit rund 16 400 Einwohnern) demonstrierten auf einer von der NPD angemeldeten Versammlung im August 2015 rund 1000 Menschen gegen die Unterbringung von Geflüchteten in der Stadt. Auf der Demonstration herrschte bereits eine aufgeheizte Stimmung. Nach deren Ende blockierten rechtsextreme Gewalttäter die Staatsstraße (S 172) in Richtung Pirna, um „Widerstand“ gegen die Ankunft der Geflüchteten in Heidenau zu leisten. Es wurden u. a. Bierflaschen auf die Polizei geworfen und Feuerwerkskörper abgeschossen. 31 Polizisten erlitten Verletzungen. Die Migrationsbeauftragte Aydan Özoğuz der SPD kritisierte mit Blick auf die Ereignisse 2015: „Da läuft etwas sehr verkehrt in Sachsen.“ Die regierenden sächsischen Politiker sahen dies nicht wesentlich anders. So verurteilte der sächsische Innenminister Markus Ulbig aus der CDU die Vorfälle in Bautzen scharf und erklärte, es sei „unerträglich, wie offen und respektlos der Hass auf Ausländer zur Schau getragen“ werde: „Wir stehen vor einer großen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, diesen Hass aus den Köpfen der Menschen zu bekommen.“¹⁰

9 Vgl. in diesem Band den Beitrag von Tom Mannewitz.

10 Vgl. hda/dpa/Reuters, Fremdenfeinde in Bautzen und Clausnitz. Tillich bezeichnet Pöbler als Verbrecher. In: Spiegel online vom 21.2.2016 (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/stanislaw-tillich-schockiert-ueber-clausnitz-und-bautzen-a-1078521.html>; 8.8.2019).

Bei der Bundestagswahl 2017 wie bei der Europawahl 2019 wurde die Alternative für Deutschland (AfD) in Sachsen stärkste Partei. Bei der Landtagswahl im September 2019 landete sie zwar auf Platz 2, erhöhte dafür aber nochmals ihren Zweitstimmenanteil (auf 27,5 Prozent). Dies hatte eine weit über Sachsen hinausreichende Bedeutung, weil damit erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine rechtspopulistische Partei mit starkem rechtsextremistischen Flügel den ernsthaften Versuch unternimmt, sich auf Länderebene als stärkste Partei zu etablieren.¹¹ Im Vorfeld der Wahlen wurde etwa mit den Reden von Björn Höcke und Jens Maier im Dresdner „Ballhaus Watzke“ Anfang 2017 oder in Chemnitz 2018 bei einer gemeinsamen Demonstration der AfD mit den Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) die rechtsextreme Stoßrichtung führender Vertreter der Partei deutlich. 2018 verbanden sich viele Stränge der rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Szene Sachsens bei den Demonstrationen und Ausschreitungen in Chemnitz am 26. und 27. August sowie am 1. September 2018 als Reaktion auf eine Auseinandersetzung am Rande des Chemnitzer Stadtfestes, bei der durch Messerstiche ein Mann tödlich und zwei weitere schwer verletzt wurden. Entsetzen erregten Jagdszenen auf Menschen mit Migrationshintergrund und der offene Schulterchluss des rechtsextremen Lagers am 1. September auf einer gemeinsamen Demonstration, die zum einen von Pegida, AfD Sachsen, AfD Brandenburg und AfD Thüringen, zum anderen von Pro Chemnitz organisiert wurde.¹²

All dies zusammengenommen liefert mehr als gute Gründe, der Frage sachlich und wissenschaftlich nachzugehen, ob und – wenn ja – warum Sachsen eine Hochburg des Rechtsextremismus ist.¹³ Insbesondere vor dem Hintergrund der rechtspopulistischen Demonstrationen von Pegida kam es – bei allem Verständnis über die politische Erregung – auch zu pauschalisierenden Urteilen und Kraftsprüchen, die einer sachlichen Auseinandersetzung nicht dienlich waren. So war die Rede von einer „Schande für Deutschland“ (Bundesjustizminister Heiko Maas, SPD), von einer teilnehmenden „Mischpoke“ (der damalige Grünen-Sprecher Cem Özdemir) und „Nazis in Nadelstreifen“ (Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger, SPD). Solche Schmähungen stimulierten ungewollt sogar die Bereitschaft zur Teilnahme an

11 Namentlich den sächsischen Landesverband der AfD ordnet Steffen Kailitz in seinem Beitrag im Kern dem rechtsextremistischen Spektrum zu.

12 Vgl. u. a. Julia Emmrich/Karsten Kammholz/Johanna Rüdiger, AfD, Pegida und „Pro Chemnitz“ – Der rechte Schulterchluss. In: Berliner Morgenpost vom 2.9.2018 (<https://www.morgenpost.de/politik/article215239365/AfD-Pegida-und-Pro-Chemnitz-Der-rechte-Schulterchluss.html>; 8.8.2019).

13 Vgl. Gert Pickel/Oliver Decker (Hg.), *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Leipzig 2016; Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen: zwischen Wut und Willkommen*, Berlin 2017; Tom Mannewitz, „Schandfleck“ Sachsen? Über Vorurteile und Forschungsdesiderate. In: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 65 (2016) 3, S. 369–374; Eckhard Jesse/Thomas Schubert/Tom Thieme, *Politik in Sachsen*, Wiesbaden 2014, S. 305–330.

Pegida-Demonstrationen.¹⁴ Ein Teil der Medienkommentare zu den sogenannten „sächsischen Verhältnissen“¹⁵ trug durch „satirische“ Überspitzung zur Polarisierung in Sachsen bei. Das gilt namentlich für manche Äußerungen Jakob Augsteins. So schrieb er auf Twitter und wiederholte dies in einem Artikel: „... vielleicht könnte man dort“ in Sachsen „eine rechts-autonome Republik ausrufen? Und alle AfD-Wähler ziehen freiwillig dorthin. Sie könnten sich auch eine Mauer bauen. Gegen Westdeutsche und andere Migranten.“ Im gleichen Text bezeichnete Augstein Sachsen als „failed state“ oder agitierte: „Sachsen ist tatsächlich das deutsche Ungarn. Ein Osten, der von der liberalen Demokratie des Westens nichts wissen will. Vom Westen will man dort nur das Geld – nicht die Werte.“¹⁶

Eine derart plumpe Pauschalkritik aller Sachsen erfüllt faktisch die formalen Merkmale der verbreiteten Definition „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Es handelt sich um „abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe“.¹⁷ Die Pauschalverdammung schreibt die Einwohner eines kompletten Bundeslandes für die Demokratie ab. Es beleidigt damit die vielen engagierten Demokraten des Freistaates und läuft letztlich Gefahr, das erst zu provozieren, was aus der grob verzerrten Perspektive vermeintlich bereits Realität ist, nämlich, dass sich eine breite Mehrheit der Sachsen für rechtspopulistische und rechtsextremistische Bestrebungen engagiert. „Demokrat in Sachsen“, so Augstein, sei „ein einsamer Posten.“¹⁸

Der „Stern“ widmete 2016 sein Titelbild der Illustration eines Schwarz in Schwarz gemalten Bildes von Sachsen: „Sachsen, ein Trauerspiel“. Ein Bemühen um eine sachliche Auseinandersetzung war nicht erkennbar. Laut dem „Report über das dunkelste Bundesland“, das „Skandalland“¹⁹ bewegte sich

14 Vgl. Christoph Hertwartz, 15 000 bei Pegida in Dresden. Hier demonstriert die Mischpoke. In: ntv vom 16.12.2014 (<https://www.ntv.de/politik/Hier-demonstriert-die-Mischpoke-article14164906.html>; 8.8.2019).

15 Sachlich abwägend sind zu diesem Thema: Stefan Locke, Sächsische Verhältnisse. In: FAZ vom 15.9.2017, und trotz des reißerischen Titels Michael Bartsch, Sächsische Verhältnisse: Erklärungsversuche für ein Bundesland, in dem der rechte Mob immer wieder Schlagzeilen macht. In: Das Parlament vom 29.2.2016 (https://www.das-parlament.de/2016/9/thema_der_woche/-/410592; 8.8.2019).

16 Jakob Augstein, Eskalation in Chemnitz. Immer wieder Sachsen. In: Spiegel online vom 27.8.2018 (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/chemnitz-immer-wieder-sachsen-kolumne-von-jakob-augstein-a-1225128.html>; 8.8.2019).

17 Beate Küpper/Andreas Zick, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: bpb.de vom 20.10.2015 (<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit>; 8.8.2019).

18 Ebd.

19 Walter Willenweber, Sachsen, das Skandalland. In: Stern, (2016) 43, S. 24–30. Im Inhaltsverzeichnis findet sich folgender Alternativtitel: Sachsen. Justizversagen, Nazi-Märsche und das Schweigen der Politiker – was läuft schief im Freistaat?

Sachsen „zwischen Justizskandalen und Fremdenhass“. ²⁰ Deutschland Sorge „sich um das kleine Bundesland am äußersten rechten Rand“. ²¹

Sachlichere Artikel behaupten, eine „jahrzehntelange Verharmlosung rechts-extremer Aktivitäten durch Sicherheitsbehörden, Justiz und Politik“ habe dazu geführt, „dass sich Rechtsextreme in Sachsen besonders wohlfühlen“. Die „Landeshauptstadt Dresden, wo regelmäßig Pegida demonstriert,“ sei „zu deren Biotop geworden“. ²² Als die Demonstrationen von Pegida in Dresden begannen, thematisierten Beiträge rasch, dass Pegida nicht zufällig in Dresden entstanden sei, sondern einer „Dresdner Eigenheit“ entspreche. Es gebe eine Kontinuitätslinie etwa mit den rechtsextremistischen „Trauermärschen“ am 13. Februar. ²³ Inner- und außerhalb Sachsens ähneln solche Deutungen dualistischen Szenarien, wonach die „bösen“, zum Rechtsextremismus neigenden Städte Dresden und Chemnitz einem für Sachsen als eher untypisch geltenden „weltläufigen“ Leipzig gegenübergestellt werden. Sogar außerhalb Deutschlands geriet Sachsen im Zuge einer teils simplifizierenden Berichterstattung über Pegida, das als Gesamtphänomen facettenreich einzuordnen ist, ²⁴ in die Schlagzeilen. So ermahnte das Auswärtige Amt Kanadas seine Bürger mit dem Verweis auf die Pegida-Demonstrationen bei Reisen nach Deutschland insbesondere in Ostdeutschland, die nötige Vorsicht walten zu lassen. ²⁵

Auch die „Bild“-Zeitung warnte, im Freistaat scheine „der Hass zu blühen“ und Sachsens Landkarte gleiche mehr und mehr einer „Karte der Schande“. ²⁶

20 Die Ausgabe des „Stern“ markierte ein historisches Auflagentief der Zeitschrift und die Kritiken an dem „Sachsen-Bashing“ folgten auf dem Fuß.

21 Walter Wüllenweber, Was ist los im Freistaat? Sachsen, ein Trauerspiel. In: Stern vom 20.10.2016 (<https://www.stern.de/politik/deutschland/sachsen-ein-trauerspiel-7220166.html>; 8.8.2019).

22 Antonie Rietzschel, Engagement in Dresden: Der mühsame Kampf gegen sächsische Verhältnisse. In: Süddeutsche Zeitung vom 25.8.2018 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/engagement-in-dresden-der-muehsame-kampf-gegen-saechsische-verhaeltnisse-1.4104632>; 8.8.2019).

23 Vgl. Götz Aly, Kolumne zur Fremdenangst in Dresden: Pegida, eine alte Dresdner Eigenheit. In: Berliner Zeitung vom 15.12.2014 (www.berliner-zeitung.de/meinung/kolumne-zur-fremdenangst-in-dresden-pegida-eine-alte-dresdner-eigenheit,10808020,29338774.html; 8.8.2019); Dirk Birgel, Dresden – wo sonst? In: Dresdner Neueste Nachrichten vom 20.12.2014.

24 Im Unterschied zu verbreiteten Klagen war die Berichterstattung über Pegida weniger von Hysterie, sondern teils sogar von deutlicher Naivität geprägt, und der rechtsextremistische Hintergrund des „Motors“ von Pegida, Lutz Bachmann, wurde unzureichend ernst genommen. Einen Überblick bietet Miro Jennerjahn, Sachsen als Entstehungsort der völkischrassistischen Bewegung PEGIDA. In: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hg.), Strategien der extremen Rechten: Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2016, S. 533–558.

25 Vgl. als, Ausländerfeindlichkeit Kanada warnt vor Reisen nach Ostdeutschland. In: Spiegel online vom 30.9.2015 (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/kanada-warnt-vor-reisen-nach-ostdeutschland-a-1055563.html>; 8.8.2019).

26 Heidenau, Clausnitz, Bautzen ... Die Karte der Schande. Die schlimmsten Übergriffe seit Anfang 2015 in Sachsen. In: Bild vom 22.2.2016 (<https://www.bild.de/news/inland/fluechtlingskrise-in-deutschland/die-karte-der-schande-44653590.bild.html>; 8.8.2019).

Angesichts der rechtsextremistischen Ausschreitungen in Chemnitz 2018 geriet Sachsen erneut ins Visier. Die „Hamburger Morgenpost“ bezeichnete Sachsen als „braunen Schandfleck“²⁷ und fragte, ob das Bundesland noch zu retten sei. Nach einer langen Kette von Verallgemeinerungen gelangte der Artikel zu der verblüffenden Einsicht: „Verallgemeinerungen helfen nicht weiter.“²⁸

Tatsächlich haben solche Verallgemeinerungen mit der beobachtbaren Realität in Sachsen kaum etwas zu tun, helfen nicht weiter und fordern verständlicherweise Gegenreden aus Sachsen heraus. „Plakative Worte wie ‚Rassismus‘, ‚Menschenfeindlichkeit‘, ‚Neonazismus‘ und ‚brauner Sumpf‘ provozieren Trotz.“²⁹ Die Gegenreden gehen aber wiederum teils deutlich zu weit in ihrer Relativierung der Problemlage in Sachsen. Wenn etwa Eckhard Jesse die Sachsen gegen pauschalisierende Angriffe verteidigt, aber zugleich die verbreitete Abneigung gegen „Multikulti“ und den Hang zu Nativismus konstatiert,³⁰ erweckt er den Eindruck, als unterstelle er den Sachsen eine kollektive Neigung zu Kernelementen der Ideologie der Neuen Rechten.³¹ Der Nativismus gilt nämlich in der internationalen Forschung als Kern der Ideologie des radikalen Rechtspopulismus: „An ideology [...] that holds that states should be inhabited exclusively by members of the native group and that nonnative elements are fundamentally threatening to the homogenous nation-state.“³² Manche „Verteidigung“ ähnelt somit methodisch den „Angriffen“ auf Sachsen, in denen rechtsextremistische Einstellungen als die Meinung der Sachsen erscheinen. Das geschieht lediglich mit einer ins Positive gewendeten Bewertung der gleichen Beobachtung. So erscheint dann etwa in Gestalt von Pegida statt eines zu bekämpfenden Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ein zu begrüßender selbstbewusster bürgerlicher Konservatismus.

Von einem Teil der „Angreifer“ und „Verteidiger“ wird den Bewohnern Sachsens kollektiv ein bestimmter Einstellungskomplex zugeschrieben. Inhaltlich liegen die Aussagen Jesses ganz nahe bei den – ebenso problematischen – Aussagen des Görlitzer Soziologen Raj Kollmorgen: „Mein Gefühl ist, [...] dass die Sachsen geradezu an einem kollektiven Syndrom der Fremdenangst leiden.“ Laut Kollmorgen haben sich die Sachsen bereits seit Jahrhunderten bedroht

27 Harald Stutte, Bundesland als „brauner Schandfleck“. Ist Sachsen noch zu retten? In: Hamburger Morgenpost vom 28.8.2018 (<https://www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/bundesland-als-brauner-schandfleck-ist-sachsen-noch-zu-retten-31175042>; 8.8.2019). Der Autor Stutte ist in Sachsen geboren. Die Sachsen seien ihm aber in Hamburg „fremd geworden“.

28 Ebd.

29 Eckhard Jesse, Ostdeutschland: Schluss mit den Beleidigungen! In: Zeit online vom 30.4.2018 (<https://www.zeit.de/2018/18/ostdeutschland-ostdeutsche-westdeutsche-sachsen>; 8.8.2019).

30 Vgl. ebd. Umfassend legt Jesse seine Position in folgendem Beitrag dar: ders., Sachsen: ein Bundesland in der Kritik. In: Christoph Meißelbach/Jakob Lempp/Stephan Dreischer (Hg.), Politikwissenschaft als Beruf: Perspektiven aus Wissenschaft und Gesellschaft, Wiesbaden 2018, S. 183–199.

31 Vgl. dazu den Beitrag von André Postert in diesem Band.

32 Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007, S. 19.

gesehen: „Sie hatten immer Angst vor Fremdherrschaft.“³³ Solche Kollektivzuschreibungen sind inhaltlich immer falsch, da es kein Kollektivdenken der Sachsen gibt oder gab. In den Worten des Pfarrers der Leipziger Peterskirche, Andreas Dohrn: „Es ist Quatsch zu sagen, der Sachse oder die Sachsen sind so und so.“³⁴ Es gilt vielmehr, differenziert die Verteilung der Einstellungsmuster und Handlungen der in Sachsen lebenden Menschen – im Vergleich mit den Bewohnern anderer Bundesländer – zu erkunden. Dabei sollte auch nicht pauschal zwischen „Biosachsen“³⁵ (was immer das heißen soll) und aus anderen Regionen nach Sachsen Gekommenen unterschieden werden.³⁶ Die Beispiele des ehemaligen NPD-Fraktionsvorsitzenden im Sächsischen Landtag (2004–2013) Holger Apfel (geboren in Hildesheim) und Jens Maiers (geboren in Bremen), Obmann des „Flügels“ der AfD in Sachsen, zeigen beispielhaft, dass rechtsextremistische Gesinnungen in Sachsen keineswegs nur von „Biosachsen“ getragen werden.

Vor allem gibt es aber ein fundamentales Grenzziehungsproblem: Was ist ein Sachse? Zählt man qua Geburtsort zu Sachsen auch dann, wenn Mann sein ganzes Leben danach woanders verbringt, und nicht als Sächsin, wenn Frau woanders geboren ist und direkt nach der Geburt das ganze Leben in Sachsen verbringt? Wegen der internationalen und vor allem auch der starken deutschen Binnenmobilität ist diese Frage noch weniger eindeutig zu beantworten als die, wer ein Deutscher ist und wer nicht.³⁷ Sinnvoll lässt sich von Sachsen im Grunde nur für die jeweiligen Bewohner Sachsens (Hauptwohnsitz) sprechen, wo auch immer sie geboren sind. Dieses Framing macht klar, dass es bei der Diskussion um „die Sachsen“ nicht um kollektive Eigenschaften eines „Volksstammes“ gehen kann. Es macht zugleich deutlicher, dass die Diskussion um die Frage, ob Sachsen eine Hochburg des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist, im Zeitverlauf durchaus Auswirkungen auf die Einstellungsverteilung in Sachsen haben mag. Wegen des „rechten“ Rufes Sachsens könnte es etwa sein, dass Bürger, die das Image schreckt, wenig gewillt sind, nach Sachsen zu ziehen oder von dort wegziehen. Und umgekehrt könnten Sympathisanten von Aussagen, wie sie etwa von der Pegida-Bühne oder den ostdeutschen Landesverbänden

33 Christoph Diekmann, Fremdenfeindlichkeit: Warum immer Sachsen? In: Zeit online vom 3.9.2015 (<https://www.zeit.de/2015/36/sachsen-rechtsextremismus-fremdenfeindlichkeit-neonazi>; 8.8.2019).

34 Zit. nach Johannes Jolmes/Andrej Reisin, Sachsen und die Nazis: Plattes Klischee oder echtes Problem? (<https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2019/Sachsen-und-die-Nazis-Plattes-Klischee-oder-echtes-Problem,sachsen144.html>; 8.8.2019).

35 Die ironisierende Rede von „biosächsischen Freunden“ findet sich in dem Artikel von Oliver Reinhard, „Wossis“: Ihr seid keine Cowboys. In: Zeit online vom 29.4.2018 (<https://www.zeit.de/2018/18/wossis-westdeutsche-osten-unterschiede>; 8.8.2019).

36 Dies schließt natürlich nicht aus, dass es bei Auswertungen durchaus sinnvoll ist zu prüfen, ob etwa die Einstellungsverteilung bei Menschen, die in Sachsen geboren sind und nie länger aus dem Bundesland weggezogen sind, deutlich anders aussieht als bei zu- und (nach Lebensphasen in anderen Bundesländern oder Ländern) rückgewanderten Sachsen.

37 Vergleichsweise einfach ist die Antwort nur, wenn schlicht auf die Staatsbürgerschaft verwiesen wird.

der AfD vorgetragen werden, weit stärker bereit sein, in Sachsen zu bleiben oder nach Sachsen zu ziehen. Untersuchungen, ob es einen solchen Effekt gibt, liegen bislang nicht vor, erscheinen aber höchst sinnvoll. Die Umzüge von West nach Ost und umgekehrt liegen seit 1993 in der keineswegs vernachlässigbaren Größenordnung von 130 000 bis 140 000 Personen pro Jahr.³⁸

Bei der Frage, ob Sachsen eine Hochburg des Rechtsextremismus und des radikalen Rechtspopulismus ist, geht es immer auch zugleich um das Problem, welche Phänomene überhaupt als rechtsextremistisch und radikal rechtspopulistisch anzusehen sind. Es geht also auch um eine sachlich auszutragende Auseinandersetzung der Grenzziehung wissenschaftlicher Konzepte. Diese Fundierung der Debatte ist sehr fruchtbar und zwingend notwendig.

Bei allem in Sachsen verbreiteten Trotz gegen die mediale Berichterstattung über das Bundesland zeichnete sich angesichts der Fakten auf politischer Ebene ein Bewusstseinswandel ab, was die Wahrnehmung der Bedeutung des Problemkomplexes des Rechtsextremismus angeht. Zu beachten ist aber, dass die Veränderung der Wahrnehmung auch ganz oder teilweise an Veränderungen der Stärke rechtsextremer Strukturen in Sachsen liegen könnte. Allerdings verwahrte sich Ministerpräsident Kurt Biedenkopf im Jahr 2000 keineswegs nur dagegen, dass Sachsen eine Hochburg des Rechtsextremismus in Deutschland sei, sondern verstieg sich zu der Aussage: „Die Sachsen [sind] immun gegen Rechtsextremismus.“³⁹ Diese Aussage war offenkundig falsch, zumal sie in dieser Pauschalität auf die Bevölkerung keines Bundeslandes zuträfe. Daher erscheint es erstaunlich, dass Biedenkopf selbst noch im Jahr 2015 auf der Richtigkeit seiner Feststellung beharrte. Er habe sich bei „seiner früheren Aussage nicht getäuscht, dass die Sachsen nicht empfänglich seien für Rechtsextremismus“.⁴⁰ Er behauptete zudem faktenwidrig, es seien überwiegend „Westdeutsche“, die den Rechtsextremismus „nach Osten bringen“.⁴¹ Zugleich stritt Biedenkopf Verbindungslinien zwischen Pegida und dem Rechtsextremismus rundum ab und pries sie vielmehr gar als eine sächsische „Innovation“. Er zog, der Propaganda von Pegida folgend, dabei Verbindungen zur Bürgerbewegung 1989 in der DDR: „Die Sachsen haben eine Innovation gehabt, eine politische Innovation, nämlich eine politische Gruppierung, die keine Partei

38 Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland, 1991 bis 2016 (https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/M34-Wanderungen-West-Ost-ab-1991.html;jsessionid=DA875C08D384EC3C1017BCF10922BDA7.2_cid389?nn=9992182; 8.8.2019).

39 Biedenkopf zitiert sich dabei selbst im Rückblick aus dem Jahr 2017 in Martin Machowecz, CDU in Sachsen: „Kurt, das wäre dir nicht passiert!“ Interview mit Kurt Biedenkopf (<https://www.zeit.de/2017/41/cdu-sachsen-kurt-biedenkopf-wahlergebnis/seite-4;18.9.2019>).

40 Zit. nach Dieter Wonka, Biedenkopf: Ostdeutsche weitgehend immun gegen Rechtsradikalismus (<https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Biedenkopf-Ostdeutsche-weitgehend-immun-gegen-Rechtsradikalismus;8.8.2019>).

41 Ebd.

ist, die sich aber in Anlehnung an frühere Protesterscheinungen in der Zeit vor der Wiedervereinigung an diese Erscheinungen anlehnen und aufmerksam machen wollen.“⁴²

Bereits unter Ministerpräsident Georg Milbradt setzte 2005 im Vergleich zur Ära Biedenkopf ein langsames Umsteuern ein, bei dem zunehmend Probleme Sachsens mit dem Rechtsextremismus eingeräumt und auch angegangen wurden. Milbradt rief einen Arbeitskreis ins Leben, der „Strategien und politische Antworten der CDU zum verfassungswidrigen und menschenverachtenden Verhalten der NPD“ entwarf. Der Bericht wurde aber nicht veröffentlicht. Eine starke Strömung in der CDU forderte weiterhin reflexartig, auf den Linksextremismus oder andere Probleme zu blicken, sobald geäußert wurde, dass sich der Freistaat stärker engagieren müsse, um Probleme mit sich verbreitenden rechtsextremistischen Strukturen in den Griff zu bekommen.

Ministerpräsident Stanislaw Tillich stand noch stärker als Milbradt für die Veränderung des Kurses gegenüber dem Rechtsextremismus. Nicht lange nach Biedenkopfs Äußerungen über Pegida als sächsische „Innovation“ erklärte Tillich im Februar 2016, dass es auch anderswo in Deutschland Angriffe auf Flüchtlinge gegeben habe. Zugleich räumte er ohne Umschweife ein: „Aber in Sachsen traten sie zuerst auf und Sachsen hat Pegida.“ Tillich warf der ausländerfeindlichen Pegida-Bewegung vor, die Situation in Sachsen zu verschärfen: „Wir haben eine Gruppe von Menschen, die Hass und Fremdenfeindlichkeit säen.“ Bei einer Sondersitzung des Sächsischen Landtags bekundete er erstmals ohne jegliche Einschränkungen: „Ja, es stimmt: Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus, und es ist größer, als viele – ich sage ehrlich: auch ich – wahrhaben wollten.“⁴³ Angekündigt wurde nun, den Kampf gegen Rechtsextremismus zu intensivieren.

Michael Kretschmer, Nachfolger Tillichs als sächsischer Ministerpräsident, ging auf diesem Weg noch einen Schritt weiter. Er benannte 2018 den Rechtsextremismus als „größtes Problem“ Sachsens. Die „Mehrheit der Anständigen“ müsse „die Demokratie verteidigen“. Man müsse sich der „furchtbaren Art“ der Propaganda, wie man sie bei der Identitären Bewegung und den Reichsbürgern sehe, „entgegenstellen“.⁴⁴ Der Wechsel zu einer harten Linie gegenüber dem Rechtsextremismus dürfte wesentlich durch die lange Kette der national und international viel beachteten rechtsextremistischen Ereignisse in Sachsen ausgelöst worden sein, die in den Demonstrationen und Ausschreitungen in Chemnitz von 2018 nur einen letzten Höhepunkt fanden.

42 Zit. nach Matthias Meisner, CDU Sachsen und die Flüchtlinge: Kurt Biedenkopf als Pegida-Versteher. In: Der Tagesspiegel vom 30.12.2015 (<https://www.tagesspiegel.de/politik/cdu-sachsen-und-die-fluechtlinge-kurt-biedenkopf-als-pegida-versteher/12777920.html>; 8.8.2019).

43 Stefan Locke, Stanislaw Tillich: „Ja, es stimmt: Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus“. In: FAZ vom 29.2.2016 (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/stanislaw-tillich-ja-es-stimmt-sachsen-hat-ein-problem-mit-rechtsextremismus-14097673.html>; 8.8.2019)

44 Ebd.

Um die Ausgangsfragen unserer Publikation, ob Sachsen eine Hochburg des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist, zu beantworten, sind zunächst einige Begriffe zu klären. Dies soll hier nur cursorisch geschehen, um den Autorinnen und Autoren genug Freiraum zu bieten, in den Beiträgen ihre eigenen Definitionen zu präsentieren. Als die Demokratie gefährdend und damit extremistisch sind Parteien, Bewegungen und Personen anzusehen, wenn sie Ziele propagieren, die mit den Kernmerkmalen des demokratischen Verfassungsstaates unvereinbar sind. Wer sich etwa grundsätzlich gegen die universale Geltung der Menschenrechte, die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, gegen die Meinungs-, Presse- oder Versammlungsfreiheit oder die Unabhängigkeit der Justiz positioniert, äußert sich antidemokratisch.⁴⁵

Die Benennungen „extrem rechts“, „Rechtsaußenpartei“ oder „rechte Flügelpartei“ beschreiben eine relative ideologische Positionierung einer Partei im Verhältnis zu anderen Parteien in einem bestimmten Parteiensystem. Bei dem Begriff „rechtsextremistisch“ handelt es sich dagegen um einen absoluten Begriff.⁴⁶ Als rechtsextremistisch sind Parteien, Bewegungen und Personen insbesondere dann anzusehen, wenn sie – etwa aus rassistischen oder ultranationalistischen Gründen – anderen Bürgern (wie Menschen mit „Migrationshintergrund“) keine oder nur eingeschränkte Rechte im Vergleich zu „ethnischen Deutschen“ zubilligen und diese in letzter Konsequenz aus Deutschland weghaben wollen.⁴⁷ Eine solche Position ist mit der Idee der Menschenrechte unvereinbar.

Wann wird nun aber eine Partei als „rechtspopulistisch“ eingestuft und was ist eigentlich der Unterschied zu rechtsextremistisch? Rechtspopulistische Parteien arbeiten mit zwei zentralen Unterscheidungen: 1. der Unterscheidung zwischen oben und unten, dem „guten“ Volk und der „bösen“ Elite sowie 2. mit Blick auf innen und außen, dem „guten“ Volk und den „gefährlichen“ Fremden. Zentral ist aus dieser Perspektive die Bestimmung, „wer eigentlich wirklich zum wahren Volk gehört und wer nicht“.⁴⁸ Das rechtspopulistische Schlüsselthema

45 Vgl. Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten: Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989; ders./Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 4. Auflage Bonn 1996; Uwe Backes, *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart*, Göttingen 2006, S. 238–247.

46 Vgl. Steffen Kailitz, *Das ideologische Profil rechter (und linker) Flügelparteien in den westeuropäischen Demokratien: eine Auseinandersetzung mit den Thesen Herbert Kitschelts*. In: Uwe Backes/Jesse Eckhard (Hg.), *Gefährdungen der Freiheit: Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttingen 2006, S. 283–320, hier 285. Vgl. auch Uwe Backes, „Rechtsextremismus“ – Konzeptionen und Kontroversen. In: ders. (Hg.), *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*, Köln 2003, S. 15–52.

47 Vgl. dazu u. a. Steffen Kailitz, *Extremismus, politischer*. In: Steffen Mau/Nadine M. Schöneck (Hg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Band 1, Wiesbaden 2013, S. 244–257, hier 246.

48 Vgl. Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2016, S. 52. Siehe auch Mudde, *Populist Radical Right Parties*.

ist die „Identität“.⁴⁹ Wegen des inhärenten Antipluralismus einer homogenisierenden Volksdefinition besitzt Rechtspopulismus eine rechtsextremistische Tendenz, die in der Praxis stärker oder schwächer zum Ausdruck kommen kann. Folglich ist nicht jeder Rechtspopulist im strengen Sinne rechtsextremistisch. Und umgekehrt gilt auch: Nicht jeder Rechtsextremismus ist rechtspopulistisch, zumal Rechtsextremismus auch intellektuelle Formen elitär-aristokratischer Volksverachtung umfasst.⁵⁰

Es lassen sich extremistische (totalitäre und autoritäre), semidemokratische und demokratische Orientierungen von Parteien unterscheiden.⁵¹ Als totalitäre Ideologien gelten dabei auf der Rechten der Nationalsozialismus und der Faschismus, als autoritär der (Ultra-)Nationalismus in Deutschland, konkret der Deutsch-Nationalismus. Der Kern einer rechtsextremistischen Positionierung ist dabei das Streben nach einer ethnisch homogenen Gemeinschaft. Positionen, die in der medialen Diskussion als rechtspopulistisch firmieren, markieren eine semidemokratische Ausrichtung in einer Grauzone, in der sich innerhalb einer Partei und Bewegung rechtsdemokratische und rechtsextremistische Positionen vermengen. Rechtsradikalismus wird dabei in der Diskussion häufig ganz oder nahezu überlappend mit Rechtsextremismus verwendet. Sinnvoll ist es dann zumindest klarzustellen, dass es sich etwa in Abgrenzung zu den historischen Faschismen um eine „weiche“ Form des Rechtsextremismus handelt.⁵² Der ideologische Gehalt des Rechtsradikalismus unterscheidet sich mithin in der Grundausrichtung nicht vom „harten“ Rechtsextremismus: „Radical right parties and movement share an emphasis on ethnonationalism rooted in the past. Their programs are directed toward strengthening the nation by making it more ethnically homogenous.“⁵³ Dabei gilt: „The contemporary radical right is, in its majority a populist radical right.“⁵⁴ Wenn in der öffentlichen Diskussion vage von Rechtspopulismus die Rede ist, bezieht sich dies in aller Regel auf den radikalen Rechtspopulismus.

Der Begriff „Hochburg“ ist etwas schwammig. Unter einer Hochburg ist mit Blick auf Rechtsextremismus zu verstehen, dass Phänomene, ob Parteien, sonstige Organisationen, Gewalttaten oder Einstellungen, die unter diesen Begriff

49 Vgl. Hans-Georg Betz, Rechtspopulismus in Europa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 3 (2002) 31, S. 251–264.

50 Vgl. nur Uwe Backes, Extremistische Ideologien. In: Eckhard Jesse/Tom Mannewitz (Hg.), Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2018, S. 99–159, hier 112.

51 Vgl. Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 28–30.

52 So nutzt etwa Steffen Kailitz in seinem Beitrag zur AfD den Begriff in diesem Band.

53 Jens Rydgren, The Radical Right. An Introduction. In: ders. (Hg.), The Oxford Handbook of the Radical Right, New York 2018, S. 1–12, hier 1.

54 Hans-Georg Betz, The Radical Right and Populism. In: Rydgren (Hg.), The Oxford Handbook of the Radical Right, S. 86–104, hier 86.

gefasst werden, in einem deutlich überdurchschnittlichen Maße präsent sind. Es kann sich dabei auch ein sehr differenziertes Bild ergeben in dem Sinne, dass bestimmte rechtsextreme Phänomene in Sachsen überdurchschnittlich ausgeprägt sind, andere dagegen nicht oder gar deutlich unterdurchschnittlich. Die verschiedenen Phänomene, insbesondere aus den Bereichen rechtsextremes Verhalten und rechtsextreme Einstellungen, sind dabei zwingend getrennt voneinander zu betrachten. Menschen können rechtsextrem eingestellt sein, müssen sich aber deswegen noch nicht rechtsextrem verhalten, also etwa rechtsextremen Organisationen beitreten. Mit Blick auf die Möglichkeiten zur Analyse der Einstellungen der Bürger Sachsens hat sich dabei in den letzten Jahren durch den „Sachsen-Monitor“ die Situation entscheidend verbessert. Bei der Untersuchung, ob eine Besonderheit beim Blick auf Sachsen vorliegt, lassen sich die beiden folgenden Kriterien anlegen. 1. Gibt es beim Vergleich Sachsens mit Ost-, West- und Gesamtdeutschland, besondere oder gar exklusive Charakteristika Sachsens? 2. Ist das Charakteristikum im Zeitverlauf stabil oder handelt es sich nur eine Momentaufnahme?⁵⁵

Um die äußerst komplexe Ausgangsfrage angemessen zu adressieren, war eine Gemeinschaftsanstrengung notwendig. Dieses Buch ist nicht zuletzt auch als Frucht der gemeinsamen Arbeit vieler der Beteiligten an dem Netzwerk „Integrations-, Fremdenfeindlichkeits- und Rechtsextremismusforschung in Sachsen“ (IFRiS) und konkret dem gemeinsamen Projekt „Demokratischer Zusammenhalt in Sachsen“ (DeZiS)⁵⁶ anzusehen. Wir danken allen Autorinnen und Autoren herzlich für ihre Mitwirkung. Unser besonderer Dank gilt weiterhin Philipp Currie, der uns ebenso eifrig wie kompetent bei der Redaktion der Beiträge unterstützt und das Register des Buchs erstellt hat, sowie dem bewährten Layout-Team des Hannah-Arendt-Instituts unter Leitung von Ute Terletzki.

55 Die beiden Kriterien sind inspiriert und werden auch angewendet in Jesse/Schubert/Thieme, Politik in Sachsen, S. 352.

56 Das Projekt wurde durch das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert. Die verwendeten Steuermittel wurden auf der Grundlage des Sächsischen Haushaltes zur Verfügung gestellt.

Rechtsradikalismus in der Spät-DDR

Bernd Wagner

Einleitung

Der Rechtsradikalismus ist als Erscheinung in der Zeit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) nicht zu leugnen.¹ Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) schob die Ursachen der rechtsradikalen Erscheinungen dem Imperialismus und dem Klassenfeind in der Bundesrepublik Deutschland zu, die mittels „politisch-ideologischer Diversion“ „Faschismus“ in die DDR hineinbringen und Anhänger gewinnen würden. Atavismus und Induktionen aus dem Westen beeinflussten die Existenz des Rechtsradikalismus in der DDR ohne Zweifel. Jedoch ist der Kern des Problems an anderer Stelle zu finden: Der explizit freiheitsfeindliche Rechtsradikalismus in der DDR war ein Produkt der dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Oft wird der heutige Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik von der historischen Entwicklung vor 1990 in der DDR entkoppelt. Es entsteht der Eindruck, als gebe es seit 1990 eine völlig neue historische Lage. Dabei werden jedoch die Entwicklungen in der DDR und in den anderen Ostblockstaaten nicht als Wirkungsfaktor verstanden.² Auch Kontaktstrukturen zwischen Ost und West vor 1990 werden ignoriert.

Im Ergebnis aller Diskussionsmodelle erscheint der heutige Rechtsradikalismus in Deutschland und vielen ehemaligen Ostblockstaaten aus der Zeit gefallen. Er wird tendenziell auf eine Folge von Transformation und Globalisierung reduziert – und so ökonomistisch ausgedeutet, dekulturnalisiert, dehistorisiert oder psychologisiert. Nur selten gerät die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität über den Epochenwechsel hinweg in den Blick und ebenso wenig die historische Symmetrie der Problemlagen zwischen östlichen und westlichen europäischen Ländern.

- 1 Vgl. Bernd Wagner, *Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR Gesellschaft*, Berlin 2014; Harry Waibel, *Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR*, Stuttgart 2017.
- 2 Diese Vorstellung durchzieht viele Debatten und diverse Medienberichte, schon mit dem Jahr 1989 beginnend. Der Ansatz wurde der Wissenschaft, der Sicherheits- und Justizpolitik im vereinigten Deutschland zugrunde gelegt, was sich bis heute als Problem darstellt.

So bleibt der Rechtsradikalismus in der DDR eher das Mysterium eines antikosmopolitischen, völkischen und antisemitischen Organons, das sich allenfalls als Entgleisung der Sozialisation von Individuen fassen lässt. Diese wird meist mittels Kategorien wie Jugendkultur, Kriminalität, Dissozialität erklärt und beschrieben,³ wie das schon – apologetisch und politisch systemkonform – in der DDR der Fall war. Aus verschiedenen Gründen wurde diese Sichtweise von der Bundesrepublik übernommen und über die Jugendforschung verbreitet.⁴ Daneben existieren Vorstellungen, nach denen der Rechtsradikalismus irrational und verschwörungstheoretisch, eine entfremdungsbedingte Pathologie ist.⁵ Negiert wird so das auf Wirklichkeit reagible politische Wesen rechtsradikalen Denkens und Handelns, wie es sich in kollektiven Strukturen und im Individuellen zeigt. In dieser Entkernung liegt der besondere und diskrete „Charme“ einer Sichtweise, die den Rechtsradikalismus nicht als spezifisches Problem der DDR versteht.

Um den Rechtsradikalismus in der DDR besser in den Blick nehmen zu können, sollen im Folgenden seine historischen Dimensionen und Erscheinungsformen sowie seine Entwicklung bis zum Ende der DDR skizzenhaft dargestellt werden. Besonders dynamisierend wirkte das lang anhaltende „Endspiel“ der DDR in den 1980er-Jahren.⁶ Die Spätzeit war das Hoch der rechtsradikalen Entwicklung, die sich nach 1990 – politisch völlig verkannt – im vereinten Deutschland fortsetzte.⁷

Bei der analytischen Bearbeitung des Rechtsradikalismus in der DDR werden verschiedene Maßstäbe angelegt, um die Erscheinungen, Maße und Wirkungsgewichte identifizieren zu können. Im ersten Teil wird der Rechtsradikalismus als Kontrastgesellschaft⁸ in der DDR in den Blick genommen – als Ausdruck eines antithetischen, geschichtlich-missionarisch-experimentellen, aber gleichzeitig ideologisch-politischen Anti-Antifaschismus. Ein anderer Betrachtungspunkt ist die Vorstellung einer wehrhaften Demokratie,⁹ wie sie in Deutschland bis vor Kurzem politisch für grundlegend erklärt wurde, sich allerdings aufzulösen beginnt. Sie ist geprägt von Rechts- und Wertekategorien, die die Demokratie als politisches System der BRD sichern sollen¹⁰ und die sich historisch als sozial und freiheitlich erwiesen haben.

3 Vgl. Franz Josef Krafeld, *Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen*, Opladen 1996.

4 Vgl. Franz Josef Krafeld/Kurt Möller/Andrea Müller, *Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze – Erfahrungen – Perspektiven*, Bremen 1993.

5 Dazu gehören verschiedene Publikationen der Bielefelder Sozialwissenschaften und des Konsortiums der Freudenberg Stiftung.

6 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009.

7 Vgl. Wagner, *Rechtsradikalismus*.

8 Vgl. Bernd Wagner, *Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Bundesländern*, Berlin 1997.

9 Vgl. Martin H. W. Möllers/Robert Christian van Ooyen, *Terrorismus und wehrhafte Demokratie*, Frankfurt a. M. 2007.

10 Vgl. Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989.

Rechtsradikalismus bezeichnet menschenrechtsfeindlichen, antidemokratischen Ultranationalismus, eine heterogene „Bewegung“, die sich in Ideologie, Politik und Alltagskultur zeigt. Er erschöpft sich nicht in Gesprächen an Stamm- oder Küchentischen. Vielmehr präsentiert er sich als staatsrelevanter Macht- und Regierungsfaktor.¹¹ Zugleich schließt er missionarisch verstandene Gewalt ein.

Der Rechtsradikalismus der DDR war grundlegend gegen den (Sowjet-) Kommunismus gerichtet, der Politik, Recht und Wirtschaft der DDR prägte. Zugleich enthielt er eine Absage an die Demokratie der BRD, wenngleich nicht an die „deutsche Einheit“.¹² So konnten auch ehemalige Nationalsozialisten, die sich nicht der Bundesrepublik zuwenden wollten, als „geläuterte“ Rollen-Träger in das DDR-System integriert werden, wenn auch in einem bescheideneren Maße als im „Westen“.¹³

Die Erkenntnisse dieses Aufsatzes entspringen dem Studium historischer Quellen jener Zeit: Aktenbestände der SED und von Ministerien, insbesondere der Staatssicherheit und des Innenministeriums (Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Inneres, Strafvollzug); einschlägige zeitgenössische Forschung; Aufzeichnungen von und Gespräche mit Staatsbediensteten und anderen Zeitzeugen. Nicht zuletzt basiert die Arbeit auf eigenen Wahrnehmungen und Aufzeichnungen als Teilnehmer an damaligen Vorgängen und der Fortführung dieser Tätigkeit in praktischer und theoretischer Hinsicht in verschiedenen Institutionen, Projekten und Programmen, die sich mit den Fragen der Radikalität, der Deradikalisierung und des Extremismus beschäftigen.¹⁴ Aus diesen Quellen lässt sich entnehmen, dass alle Eigenschaften und Dimensionen des Rechtsradikalismus in der DDR ausgeprägt waren und das System politisch und kulturell unter Druck setzten. Ausgenommen waren bis 1990 entsprechende Parteien, wenngleich es dazu Vorarbeiten und Kleinversuche gab, die aufgrund von Repression scheiterten.¹⁵ Die Rechtsradikalen arbeiteten auf den nahenden „Tag X“ des Regimewechsels hin.¹⁶

11 Vgl. Wagner, *Rechtsradikalismus*, S. 21–61.

12 Vgl. Gordon Charles Ross, *The Swastika in Socialism. Right-wing Extremism in the GDR*, Hamburg 2000.

13 Vgl. Harry Waibel, *Diener vieler Herren. Ehemalige NS-Funktionäre in der SBZ/DDR*, Frankfurt a. M. 2011.

14 Vgl. Wagner, *Rechtsradikalismus*, S. 62–105.

15 Vgl. Loni Niederländer, *Zu den Ursachen rechtsradikaler Tendenzen in der DDR*. In: *Neue Justiz*, (1990) 1, S. 16–18; Bernd Wagner, *Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR*, Berlin 1989.

16 Der „Tag X“ war eine beflügelnde Fantasie, die „revolutionären“ Tatendrang und mentale Enthemmung freisetzte – Rache, Mord, Brandstiftungen und Massenverhaftungen von Feinden gehörten zu ihren Bildern.

Elemente der Rechtsradikalität

Im Anschluss an Michael Minkenberg wird Rechtsradikalismus in diesem Beitrag folgendermaßen definiert: „Rechtsradikalismus ist eine politische Ideologie, die im Kern aus einem Mythos in Form eines populistischen und romantischen Ultranationalismus besteht und die sich daher tendenziell gegen die liberale Demokratie und deren zugrunde liegenden Werte von Freiheit und Gleichheit sowie die Kategorien von Individualismus und Universalismus richtet.“¹⁷

Durch den imperativen, mythologischen Charakter des Rechtsradikalismus als „Ideologiepalette“ sind die rechtsradikalen Bewegungen in letzter Instanz missionarisch. Das weist sie als politische Weltanschauung ebenso aus wie als politische Religion.¹⁸

Der Rechtsradikalismus ist geprägt von einem inneren Zusammenhang zwischen politischer, religiöser und freiheitsfeindlicher Ideologie, der Bewegungsdynamik von Organisationen, Gruppen und Personen sowie von Aggression und Gewalt, die als Grunddimensionen der Radikalität fungieren und das System der Bewegung dynamisieren. Als Mechanismen mit je eigenen inneren und externen Bewegungen wirken diese Dimensionen in den Köpfen, Strukturen und Zusammenhängen des Handelns ineinander, nebeneinander und aufeinander – mitunter auch gegeneinander.

Nach außen erscheint die Radikalität nicht selten als Aggression, Druck, Macht oder Überzeugungskraft. Erkennbar ist sie auch als subversive Wirkung in Situationen, Strukturen und Verhältnissen, die als Ganzes wahrgenommen wird. Gewalt war und ist ein besonders eindrucksvoller und spürbarer realer Prozess. Sie offenbart Taten und Hintergründe der Ideologie ebenso wie die Ausprägungen und Typen der Radikalität als Eigenschaft und identitäre Befindlichkeit, aber auch ihre schiere Durchschlagskraft. Der Prozess der Gewalt reicht vom einfachen Mobbing bis in die Sphäre methodischen Terrors. In der DDR wurde – wie heute auch – nur ein Teil dieser Gewalt und anderer Rechtsverletzungen in ihrer Radikalitätseigenschaft erkannt und als „Staatschutzdelikt“ registriert. Aus teils wissenschaftlicher, teils praktischer Erfahrung war und ist das Dunkelfeld groß.¹⁹ Aggression und Gewalt sind systemische Eigenschaften des Rechtsradikalismus, die sich zwingend aus dem Missionsanspruch ergeben. Insofern ist die Herausbildung des ostdeutschen Rechtsradikalismus nicht ohne die Gewalt zu verstehen.²⁰

17 Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*, Opladen 1998, S. 33.

18 Vgl. Roger Griffin (Hg.), *Fascism, Totalitarianism and Political Religion*, London 2005.

19 Es gibt in unterschiedlichen Territorien, Zeiten und auf den Modus Operandi bezogene Schätzungen von 1:4 bis zu 1:12 des Verhältnisses zwischen angezeigten und dem Staat unbekannt gebliebenen Staatschutzstraftaten im Phänomenbereich Rechtsextremismus.

20 Vgl. Wagner, *Rechtsradikalismus*.

Radikalität drückt sich nicht allein durch Gewalt und ihre Aura aus. Vielmehr ist sie ein dynamischer, politischer und die Lebensweise bestimmender Komplex, der Personen, Gruppen und Netzwerke oft vollständig verhaltensleitend erfasst und auf politische, soziale und kulturelle Ziele ausrichtet. Sie ist zusammengefasst eine Einheit von Militanz und politisch-kultureller Auf-
führung, die offen und subversiv, je nach Situation auch die Plätze wechselnd, auftritt.²¹

Die Rechtsradikalen in der DDR verneinten die universellen Menschenrechte.²² Damit reflektierten sie auch eine Alltagserfahrung. Zwar wurden Menschenrechte in der DDR postuliert, im Rahmen von Diktatur, Repression sowie ideologisch-politischer Manipulation jedoch beständig verletzt.²³ Dadurch wurde der Menschenrechtsnihilismus des Rechtsradikalismus begünstigt, der auf eine strikt ethnische, rassistisch-völkische Weltsicht setzte. Die Gesellschaft wurde in den Alltagserzählungen über Geschichte und Gegenwart als Kampfplatz um Rasse und Nationen angesehen. Der Deutsche galt als Teil einer höherwertigen Spezies, die Nazidiktatur firmierte als historischer Fix- und Zielpunkt. Ein Staat habe zuerst Rasse und Ethnie zu verteidigen und zu fördern – anstatt das Individuum, seine Freiheit über die Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu stellen.²⁴ Daraus resultieren Wertehierarchien sowie Ausschließungsvorstellungen und -kriterien für Menschengruppen, die nicht zur eigenen „Art“ gehören. Multikulturalität sei deshalb abzulehnen.²⁵ Der „internationalistische“ Kommunismus, ebenso wie die auf Menschenrechten beruhende Demokratie, sei falsch und aktiv zu bekämpfen. Diese Grundvorstellungen prägten den Rechtsradikalismus in der DDR. Dort trat er allerdings nicht – weil verboten – als parteipolitische Struktur zutage, sondern zeigte sich eher als ein faschistischer Stil,²⁶ der nach einem neuen „volksgemeinschaftlichen“ Menschen strebte, darin dem (national-)kommunistischen „neuen Menschen“ ähnlich. Manche gemeinsame Denkfigur und Verhaltensweise zeugt davon. Insofern kann von national-stalinistischen Narrationen in der ostdeutschen rechtsradikalen Szene gesprochen werden.

21 Vgl. Bernd Wagner, *Freiheitsfeindliche Gewalt*. Ein Diskussionsbeitrag, Berlin 2012.

22 Vgl. Alain de Benoist, *Kritik der Menschenrechte*. Warum Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen, Berlin 2004.

23 Vgl. Bernd Wagner, *Jugend – Gewalt – Szenen*. Zu kriminologischen und historischen Aspekten in Ostdeutschland. Die achtziger und neunziger Jahre, Berlin 1995.

24 Vgl. Jürgen Riehl, *Funkenflug*. Handbuch für nationale Aktivisten, Landshut 1994.

25 Ebd.

26 Vgl. Fred David, „Ich bin ein Faschist“. Interview mit Armin Mohler. In: *Leipziger Volkszeitung* vom 25.11.1995, S. 2; Armin Mohler, *Der Faschismus als Stil*. In: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.), *Konservatismus International*, Stuttgart 1973, S. 172–198.